

Legislaturplan 2013 - 2017: Bilanz per Ende Juli 2017

Beilage 2 (SGB.../ 2017)

Politischer Schwerpunkt:

B.1 Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Solothurn stärken

Nr.	Strategisches Ziel Handlungsziel / Massnahme	Priorität	Gesetzesanpassung	Indikator (Masseinheit)	Standard	IST 2017	Status	Bemerkungen
B.1.1 Gleichgewicht des Finanzhaushaltes wieder herstellen								
1.1.1	Haushaltgleichgewicht wieder herstellen und Handlungsspielraum zurück gewinnen	1	Verschiedene	Massnahmenplan ist erstellt und beschlossen.	31.03.2014		erl.	RRB vom 9.12.2013 (Nr. 2013/2281); KRB vom 26. 03.2014 (SGB 212/2013). Mit den Massnahmenplänen 2013/2014 wurden bis Ende 2016 142.3 Mio. Franken Einsparungen erzielt. Für 2017 sind weitere Massnahmen im Umfang von rund 100 Mio. Franken vorgesehen. Geplant waren Einsparungen in der Höhe von insgesamt 262.8 Mio. Franken. Von 88 geplanten Massnahmen wurden bisher 81 umgesetzt.
				Massnahmenplan ist vollständig umgesetzt.	31.07.2017		i.A.	
B.1.2 Qualität der Bildung auf allen Stufen sichern								
1.2.1	Zweckmässige Infrastruktur für die kantonalen Schulen sichern	2		Neubau BBZ Solothurn bezugsbereit	01.08.2016	01.08.2016	erl.	Die Bauarbeiten wurden termingerecht abgeschlossen. Der reguläre Schulbetrieb wurde am 16.8.2016 aufgenommen. Die Sanierungen im BBZ Olten und in der Kantonsschule Solothurn werden gemäss Investitionsprogramm des Hochbauamtes durchgeführt. Für die Gesamtsanierung der Kantonsschule Olten hat der Kantonsrat mit Beschluss Nr. SGB 149/2012 am 5.12.2012 einen Verpflichtungskredit bewilligt. Nachdem eine Baueinsprache vom Verwaltungsgericht abgewiesen wurde, konnten die Vorbereitungsarbeiten zum Baubeginn im Sommer 2016 starten. Im August 2016 begann die Sanierung des Hallenbades.
				Sanierungen in Arbeit	01.08.2016	01.08.2016	erl.	
1.2.2	Qualität der gymnasialen Bildung sichern	2	BGS 414.471.11 Maturitätsverordnung	Einführung kantonalen Lehrplan 2014	01.08.2014	01.08.2014	erl.	Der neue kantonale Lehrplan für das Gymnasium trat am 1.8.2014 einlaufend in Kraft und hat die bisherigen schulischen Lehrpläne der Kantonsschulen ersetzt. Im Mai/Juni 2014 fanden erstmals erfolgreich die Hauptmaturitätsprüfungen nach den Vorgaben der harmonisierten Maturitätsprüfungen statt.
				Umsetzung ‚Gemeinsames Prüfen‘ ab 2015	01.08.2015	01.05.2014	erl.	
B.1.3 Bildungsbarrieren abbauen und Bildungspotenziale fördern								
1.3.1	Berufliche Qualifikation Erwachsener fördern (Nachholbildung)	3		Anteil Nachholbildungen an den Abschlüssen EFZ/EBA	> 4%	7.80%	erl.	Der Anteil von QV-Absolventen nach Art. 32 BBV konnte in den letzten fünf Jahren von 4.7% (2013) auf 7.8% (2017) gesteigert werden. Die meisten Abschlüsse wurden im Beruf Fachfrau/Fachmann Gesundheit EFZ erzielt, gefolgt vom Beruf Logistiker/-in EFZ, Kaufmann/Kauffrau EFZ und Anlagenführer/-in EFZ. Mit der Möglichkeit des vorgezogenen Allgemeinbildungsabschlusses (ab 2017) kann die Nachholbildung weiter an Attraktivität gewinnen.

Legislaturplan 2013 - 2017: Bilanz per Ende Juli 2017

Beilage 2 (SGB.../ 2017)

Nr.	Strategisches Ziel Handlungsziel / Massnahme	Priorität	Gesetzesanpassung	Indikator (Masseinheit)	Standard	IST 2017	Status	Bemerkungen
1.3.2	Duales Berufsbildungssystem stärken (Kantonsratsbeschluss SGB 188/2013 PB 01)			kein Indikator definiert		26.04.2016	erl.	Im RRB Nr. 2016/733 vom 26.4.2016 wurden die zwei grundsätzlichen Stossrichtungen zur Stärkung des dualen Berufsbildungssystems zusammengefasst und die Massnahmen an der Nahtstelle Sek I/Sek II, auf der Sekundarstufe I sowie der Sekundarstufe II aufgelistet. Das Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen wurde beauftragt die Massnahmen umzusetzen bzw. weiterzuführen.
B.1.4 Interkantonale Zusammenarbeit und Harmonisierung auf allen Stufen verstärken								
1.4.1	Lehrplan 21 einführen (Kantonsratsbeschluss SGB 188/2013 PB 05)	2 3		Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan (RRB)	31.12.2015	31.07.2017	erl.	Mit RRB Nr. 2015/1441 vom 15.9.2015 wurde beschlossen, den Lehrplan 21 im Schuljahr 2018/2019 einzuführen. Die Volksinitiative "Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21" wurde in der Volksabstimmung vom 21.5.2017 wurde mit 65.9 % abgelehnt.
1.4.2	Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz	2		Erste Schulabgänger erhalten einen vierkantonalen Volksschulabschluss.	01.08.2016	31.07.2014	erl.	Die ersten Schulabgänger haben einen vierkantonalen Volksschulabschluss erhalten. Der bewilligte Verpflichtungskredit wurde um TFr. 44 unterschritten.
1.4.3	Zugang zur Höheren Berufsbildung sichern	2		Beitritt HFSV	01.08.2015	01.08.2015	erl.	Mit RRB Nr. 2012/2055 vom 22.10.2012 ist der Kanton Solothurn der Interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) beigetreten. Sie trat auf das Studienjahr 2015/2016 in Kraft.
				Neuregelung Beiträge an Vorbereitungskurse BP/HFP	01.08.2017	01.08.2017	erl.	Für Vorbereitungskurse, die ab 1.8.2017 beginnen, leistet neu der Bund Beiträge.
B.1.5 Wirtschafts- und Arbeitsstandort stärken								
1.5.1	Qualitatives wirtschaftliches Wachstum fördern	2	BGS 513.81, BGS 822.13 Wirtschafts- und Arbeitsgesetz BGS 512.41 Gesetz über die öffentlichen Ruhetage	neue Arbeitsplätze pro Jahr (Anzahl)	450	522	DA	2013: 729; 2014: 646; 2015: 630; 2016: 393
1.5.2	Soziale Absicherung des strukturellen Wandels	2		Jährlicher Wirkungsindex RAV/LAM/KAST im interkant. Benchmark (gesamtschweizerischer Durchschnitt = 100)	101	2016: 101	DA	2013: 109; 2014: 107; 2015: 112; 2016: 101
B.1.6 Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen								
1.6.1	Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr optimieren	2		Veränderung Modalsplit Berufsverkehr zugunsten ÖV und Langsamverkehr (Anteil öffentlicher Verkehr in %)	> 18%	24.8%	DA	Steigerung des ÖV - Anteils am Gesamtverkehr im Kanton Solothurn gemäss Mikrozensus zum Mobilitätsverhalten des Bundesamtes für Statistik von 20.2% im Jahr 2010 24.8 % im Jahr 2015.

Legislaturplan 2013 - 2017: Bilanz per Ende Juli 2017

Beilage 2 (SGB.../ 2017)

Nr.	Strategisches Ziel Handlungsziel / Massnahme	Priorität	Gesetzesanpassung	Indikator (Masseinheit)	Standard	IST 2017	Status	Bemerkungen
1.6.2	Grossräumige Verkehrsplanung	2		Erschliessungsplan Verkehrslösung Klus Erschliessungsplan Anschluss H 18	31.12.2016 31.12.2016	Auflage	i.A. i.A.	Auflage 4.Q / 17 Erschliessungsplanung stark abhängig von der Realisierung des Anschlusses H18 Aesch durch das ASTRA.
B.1.7 Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren								
1.7.1	Neugestaltung Finanzausgleich Kirchgemeinden nach NFA-Grundsätzen	2	BGS 131.71 Finanzausgleichsgesetz	Hauptstudie ist erstellt.	30.09.2016		i.A.	RRB 2017 / 1226 vom 04.07.2017
1.7.2	Ausbau des E-Government gezielt fördern	3		Die Massnahmen und Investitionen gemäss Umsetzungsplan sind realisiert.	31.12.2016		i.A.	Massnahmen teilweise umgesetzt. Vollständige Überarbeitung der E-Gov Strategie initiiert.
1.7.3	Umgang mit digitalen Dokumenten regeln und elektronische Archivierung sicherstellen	2		Die Massnahmen und Investitionen gemäss Umsetzungsplan sind realisiert.	31.12.2016		i.A.	Per 1.11.2015 konnte ein wissenschaftlicher Mitarbeiter für die elektronische Archivierung angestellt werden. Am 20.9.2016 wurde dem Regierungsrat eine Entscheidungsgrundlage zur strategischen Ausrichtung des digitalen Langzeitarchivs (DLZA) mit möglichen Varianten vorgelegt. Im Rahmen des am 19.6.2017 gestarteten Projekts «DLZA Kanton Solothurn» werden Varianten für den Aufbau und den Betrieb des DLZA mit Datenhaltung durch öffentliche oder von der öffentlichen Hand getragenen Institutionen in der Schweiz näher geprüft. Der Entscheid über die zu wählende Detailvariante soll bis Ende 2017 vorliegen. Die Umsetzung ist für 2018 geplant.
1.7.4	Lastenausgleich (Kantonsratsbeschluss SGB 188/2013 PB 06)			kein Indikator definiert			i.A.	Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer Vorlage ist eingesetzt, B+E soll Ende 2017 vorliegen (RRB Nr. 2017/53 vom 10. Januar 2017).

Legislaturplan 2013 - 2017: Bilanz per Ende Juli 2017

Beilage 2 (SGB.../ 2017)

Politischer Schwerpunkt:

B.2 Natürliche Lebensgrundlagen nachhaltig schützen

Nr.	Strategisches Ziel Handlungsziel / Massnahme	Priorität	Gesetzesanpassung	Indikator (Masseinheit)	Standard	IST 2017	Status	Bemerkungen
B.2.1 Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten								
2.1.1	Siedlungsstrategie weiterentwickeln	2	kt. Anschlussgesetzgebung zur RPG-Revision	Bauzonenfläche (Dichte)	Zunahme	Zunahme	DA	Bevölkerungszunahme stärker als Bauzonenzuwachs.
2.1.2	Ökologische Ausgleichsflächen fördern	2		Steigerung der Ausgleichsfläche (ha)	100	>100 ha	DA	Steigerung der Ökologischen Ausgleichsfläche (ab 2014 Biodiversitätsförderfläche, BFF) von 4'823 ha im Jahr 2013 auf 6'556 ha im Jahr 2016 .
				Revitalisierte Fließgewässer (km)	1-2	>2	DA	In erster Linie Renaturierung Aare Niederamt.
				Abdeckungsgrad Gemeinden mit Vernetzungs- und Landschaftsqualitätsprojekten (%)	100	100%	DA	Ziel ist, das Erreichte zu halten. Veränderungen im Fall von Anpassungen Bundesgesetzgebung möglich.
B.2.2 Energie: Effizienter Einsatz fördern								
2.2.1	Versorgung sichern; Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern	2	BGS 941.21 Energiegesetz	Das Verhältnis Förderbeitrag in Franken zu Investitionen soll sich im Bereich 1:10 bewegen (Verhältnis).	1:10	01:13	DA	2013: 1:13; 2014: 1:11.5; 2015: 1:9; 2016: 1:10 Standardwert Legislaturplan stimmt nicht mit dem Zielwert des Globalbudgets überein (1 : 13).
2.2.2	Ergänzung der Hubraumbesteuerung um ökologische Anreize	2	BGS 614.62 Verordnung über Steuer und Gebühren für Motorfahrzeuge	Vorlage (B+E) zuhanden des Kantonsrates ist beschlossen.	31.12.2015		sist.	Im Rahmen des Projektes zur Neuordnung der Verkehrsfinanzierung wurde darauf verzichtet, die Motorfahrzeugsteuergesetzgebung zu revidieren. Siehe auch Antwort des Regierungsrates auf Interpellation Simon Bürki (SP, Biberist): Stand der ökologischeren Ausrichtung der Motorfahrzeugsteuer gemäss Legislaturplan der Regierung (I0138/2016).
B.2.3 Gefahrenpotentiale vermindern								
2.3.1	Siedlungs- und Kulturräume vor Naturgefahren schützen	2		Baubeginn Aare, Olten – Aare (Termin)	2014	2014	erl.	Baubeginn 2014
				Plangenehmigung ist erfolgt und Volksabstimmung zum ‚Projekt Emme Wehr Biberist bis Aare‘ findet statt.	2015	2016	erl.	Volksabstimmung 28. Februar 2016: Zustimmung 83.0%
2.3.2	Altlasten systematisch sanieren	2		Genehmigungen und Begleitungen (Anzahl)	200	160	DA	

Legislaturplan 2013 - 2017: Bilanz per Ende Juli 2017

Beilage 2 (SGB.../ 2017)

Politischer Schwerpunkt:

B.3 Gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren

Nr.	Strategisches Ziel Handlungsziel / Massnahme	Priorität	Gesetzesanpassung	Indikator (Masseinheit)	Standard	IST 2017	Status	Bemerkungen
B.3.1 Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten								
3.1.1	Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern	2		Steigerung der Platzzahl 2016 im Vergleich zu 2012 (%)	10	32%	erl.	Ende 2012 977 Plätze, Ende 2016 1290 Plätze (32% Steigerung).
3.1.2	Integration von Personen mit ausländischer Nationalität intensivieren	2		Programmvereinbarung mit Bund ist abgeschlossen.	31.12.2014	05.12.2013	erl.	Genehmigung KIP I mit RRB Nr. 2013/1225 vom 24. Juni 2013; Vereinbarung mit Bund am 5. Dezember 2013 unterzeichnet.
3.1.3	Langzeit-Pflegebedarf bewältigen	2		Zahl der zusätzlichen Pflegeheimplätze Ende 2016	< 150	ja	erl.	Soll Ende 2016 < 2'900 Plätze, Ist Ende 2016 2'863 Plätze.
3.1.4	Strategie gegen Armut und Armutsgefährdung optimieren	2		Optimierte Strategie gegen Armut und Armutsgefährdung liegt vor.	31.12.2015	ja	erl.	Bericht liegt vor, Umsetzung im Rahmen des Legislaturplans 2017 - 2021.
3.1.5	Sozialkosten dämpfen	2	Evtl. BGS 831.1 Sozialgesetz	Kosten pro Sozialhilfefall liegen auch 2016 unter dem schweizerischen Durchschnitt (Franken).	< CH-Ø	nein	i.A.	Durchschnitt CH 2015 = 15'732 Fr., Kt. SO 16'049 Fr.
3.1.6	Eckwerte der kantonalen Sozialplanung vervollständigen	3		Teilplan Heime und Werkstätten (B+E) zuhanden des Kantonsrates ist beschlossen.	31.12.2015	06.06.2017	erl.	B+E zuhanden Kantonsrat beschlossen (RRB Nr. 2017/956 vom 6. Juni 2017).
3.1.7	Entscheid- und Finanzkompetenz im Sozialbereich auf die gleiche Ebene / Lastenausgleich (Kantonsratsbeschluss SGB 188/2013 PB 08)			kein Indikator definiert			i.A.	Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer Vorlage ist eingesetzt, B+E soll Ende 2017 vorliegen (RRB Nr. 2017/53 vom 10. Januar 2017).
3.1.8	Sozialhilfekosten in den Griff bekommen (Kantonsratsbeschluss SGB 188/2013 PB 09)			kein Indikator definiert			i.A.	Sozialverordnung bezüglich Abweichungen und Ausnahmen von SKOS-Richtlinien angepasst (RRB Nr. 2014/1623 vom 16. September 2014).
B.3.2 Gesundheitsversorgung bedarfsgerecht sicherstellen								
3.2.1	Prävention und Gesundheitsförderung weiterführen	2		Kant. Aktionsprogramm Gesundes Körpergewicht 2017-2020 ist implementiert.	31.12.2016	Mai 17	erl.	Programmvereinbarung mit Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz unterzeichnet.
3.2.2	Spitalversorgung Nordwestschweiz (Kantone AG, BL, BS und SO) evaluieren	2		Auswertung Monitoringbericht ist erfolgt.	31.12.2015	22.12.2015	erl.	Spitalliste Bereich Rehabilitation aufgrund der Auswertung per 1. Januar 2016 angepasst (RRB Nr. 2015/2172).
3.2.3	Neubau Bürgerspital Solothurn termingemäss realisieren	2		Baubeginn Behandlungstrakt und Bettenhaus ist erfolgt.	31.12.2015	ja	erl.	Grundsteinlegung 26. November 2015, Aufrichtefeier 7. Juni 2017.
3.2.4	Zeitpunkt und Modalitäten der Immobilienübertragung auf die soH festlegen	3		Zeitpunkt und Modalitäten im Rahmen der soH-Eignerstrategie sind festgelegt.	31.07.2017	ja	erl.	Kantonsrat hat am 16. November 2016 (KRB RG 0098a/2016) die zeitlich gestaffelte Übertragung des Eigentums an den Spitalimmobilien auf die soH beschlossen.
B.3.3 Öffentliche Sicherheit gewährleisten								
3.3.1	Prävention optimieren	2		KBM mit den entsprechenden Gesetzesbestimmungen ist umgesetzt; Amtsstellen sind vernetzt.	31.12.2014	ja	erl.	Amtsstellen sind vernetzt, KBM mit 2 Mitarbeitenden in Betrieb, Gesetzesbestimmungen umgesetzt (RRB Nr. 2015/1723 vom 2. November 2015).
3.3.2	Sicherheit im Strassenverkehr verbessern	2		Anteil Unfälle mit Ursache FiaZ bzw. Geschwindigkeit ist im Durchschnitt der Jahre 2013-2016 tiefer als im Durchschnitt der Jahre 2009-2012 (%).	<7.8 bzw. <12.4	ja	erl.	Indikator evaluiert, Durchschnitt der Jahre 2013-2016 bei FiaZ 7.6% und bei Geschwindigkeit 9.3%.

Legislaturplan 2013 - 2017: Bilanz per Ende Juli 2017

Nr.	Strategisches Ziel Handlungsziel / Massnahme	Priorität	Gesetzesanpassung	Indikator (Masseinheit)	Standard	IST 2017	Status	Bemerkungen
3.3.3	Subjektive und objektive Sicherheit stärken	2	offen	Konzept mit geklärten Schnittstellen und gezielt auf die Organisation abgestimmten Zuständigkeiten liegt vor.	31.12.2015	ja	erl.	Im Rahmen der vorhandenen Ressourcen Optimierungen vorgenommen, Integration Stapo Olten abgeschlossen, Verzicht auf Nachevaluation Stapo Grenchen und Solothurn.
3.3.4	Schwerverkehrszentrum Oensingen in Betrieb nehmen	2		Vorlage (B+E) zuhanden des Kantonsrates ist beschlossen.	31.12.2014		i.A.	Das Schwerverkehrskontrollzentrum wird durch das Bundesamt für Strassen (ASTRA) in der Industriezone Oensingen erstellt. Fehlende Personalressourcen des ASTRA verzögern Projektstart, Beginn für Herbst 2017 geplant.
3.3.5	Strategie Untersuchungsgefängnisse weiterentwickeln	3		Entscheid Regierungsrat über Standort(e)	30.06.2014	01.07.2014	erl.	Entscheid für ein Zentralgefängnis am Standort Flumenthal (RRB Nr. 2014/1242 vom 1. Juli 2014).
B.3.4 Kulturelle Vielfalt pflegen								
3.4.1	Zentralbibliothek Solothurn (ZBS) infrastrukturell und konzeptionell stärken	2		Leistungsvereinbarungen liegen vor.	31.12.2015	31.07.2017	i.A.	Die Leistungsvereinbarungen mit der Stadt Solothurn und den Regionsgemeinden (Repla) werden bis 31.12.2017 abgeschlossen.
				Sammlungen sind wissenschaftlich dokumentiert und öffentlich zugänglich (%).	100% (31.7.2017)	80%	i.A.	Die Sammlungen sind zu einem hohen Prozentsatz verzeichnet und öffentlich zugänglich (80 %). Die Verzeichnung erfolgt in zwei Medienefassungssystemen. Die Vereinheitlichung der elektronischen Erfassung sowie weitere 10 % der Erschliessung sind Gegenstand der nächsten Legislatur.

Legende zu Spalte Status:

- DA Daueraufgabe
- i.A. in Arbeit; Abweichungen sind in Spalte "Bemerkungen" aufgeführt
- erl. erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen
- sist. sistiert; Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt